

KÖNDRINGER GRUNDWASSERSCHADEN

Landratsamt plant Bodenuntersuchung

Seit 26 Jahren wird am Grundwasserschaden in Köndringen saniert. Die Initiative Sauberes Grundwasser forderte eingehendere Untersuchungen mit neuen Methoden. Akute Gefahr besteht nicht – aber jetzt wird weiter geforscht.



Wir wollen wieder sauberes Grundwasser – so buchstabiert die Köndringer Initiative ihr eigenes www. Foto: Sylvia-Karina Jahn

TENINGEN. Es gibt eine neue Untersuchung zu der Belastung des Grundwassers mit polychlorierten Biphenylen und deren Abbauprodukten in der Siedlung in Köndringen. Das Landratsamt sieht sich durch das nun vorliegende Zwischenergebnis zwar in seiner Einschätzung bestätigt, dass keine akute Gesundheitsgefahr von der Altlast auf dem ehemaligen Frako-Gelände ausgeht. Doch wird es nun, in Abstimmung mit den Landesbehörden, eine neue Bodenuntersuchung geben. Das erklärt Gerd Munding, Leiter des Amtes für Wasserwirtschaft und Bodenschutz.

Einfach werden diese Untersuchungen nicht. "Wir bewegen uns da im Forschungsbereich", sagt Baudezernentin Petra Holz. Soll heißen: Es gibt keine Modelle, nach denen man vorgehen könnte. Deswegen sagt Munding auch noch nichts Näheres über Ort und Zeit: All das soll zuerst mit Fachbehörden Instituten abgestimmt werden, um ein belastbares Ergebnis zu erhalten. Die Bürgerinitiative sauberes Grundwasser begrüßt diese Untersuchung zwar, fordert aber weiterhin eine komplette Neubewertung des Grundwasserschadens sowie weitere Untersuchungen, vom Wasser ebenso wie von Eiern,

Fischen und Fleisch der Weidetiere an der Kiesgrube.

WAS BISHER GESCHAH

Neu ist das Thema nicht. In Teningen war bereits vor mehr als 20 Jahren mit hohem Aufwand und Landeszuschüssen die Mülldeponie Kiesgrube saniert worden; dort hatte der Kondensatorenhersteller Frako – seinerzeit völlig legal – Müll abgelagert. Die Belastungen für die Siedlung gehen aber vom benachbarten Firmengelände der ehemaligen Frako in Köndringen aus. Es ist seit langem bekannt, dass es dort, auf dem Standort des heutigen Technologieparks, einen Grundwasserschaden gibt; ungefähr seit 1930 wurde dort mit Stoffen gearbeitet, die unter anderem polychlorierte Biphenyle (PCB) enthielten. Das war damals üblich, mehr als 50 Jahre lang. Doch dann wurden die Stoffe verboten. Polychlorierte Biphenyle und leichtflüchtige, chlorierte Kohlenwasserstoffe blieben zurück. Seit 1988 läuft die Sanierung. Auf dem Firmengelände wird daher das Grundwasser aus einem Löschwasser- und einem weiteren Brunnen abgepumpt, über Aktivkohlefilter gereinigt und das gereinigte Wasser in den Dammgraben abgeleitet.

Bisher half dies aber nur gegen die Kohlenwasserstoffe, von denen rund 700 Kilo entsorgt wurden; von den schwerfälligeren PCBs wurden bislang rund 70 Kilogramm von den Aktivkohlefiltern abgefangen, sagt Baudezernentin Petra Holz. Die PCB-Konzentration im Grundwasser blieb, die Verschmutzungsfahne hat nach Feststellungen des Landratsamtes aus dem Jahr 2011 eine Länge von 500 Metern und dürfte sich, allerdings sehr langsam, mit der Zeit verkleinern – weil der Nachschub fehlt, wie Philipp Frinks sagt.

KEINE BRUNNEN

Doch bis dahin darf in diesem Bereich – auf dem sich die Siedlung befindet – das Grundwasser weder zu Trink- noch zu Zwecken der Gartenbewässerung benutzt werden. Deswegen hat das Landratsamt die Gemeinde bereits vor drei Jahren aufgefordert, die Bürger entsprechend zu informieren. Jetzt bekamen sie erneut Post: Da eine Begehung ergeben habe, dass die Schöpfbrunnen wieder in Betrieb genommen wurden, fordert die Gemeinde nun deren Abbau bis spätestens 1. August. Andernfalls werde sie die Gärten kündigen. "PCB im Grundwasser ist kein Problem", sagt Munding dazu, "weil es unten bleibt. Aber man sollte damit keine Gärten sprengen." Dadurch würden die Schadstoffe unkontrolliert mobilisiert, sagt Armin Dietz, der Leiter des Gesundheitsamtes, "dabei kann man das Weitertragen des Problems durch banales Unterlassen vermeiden." "Ich würde mir mit dem Wasser nicht die Hände waschen", ergänzt Holz.

GRENZWERTE UND CO.

Immerhin wurde nun, wie von der Initiative gefordert, das Grundwasser auf Hydroxy-PCBs untersucht; diese bilden sich durch Bakterien und sind mobiler als die klassischen PCBs. Das Problem für Dietz: Die Menge entspreche der "leider heute in der Umwelt erwartbaren Qualität". Ähnlich sieht er die östrogene Aktivität der PCBs: Die gefundenen Werte seien wenig bedenklich bis nicht veränderbar; sie seien noch in geklärtem Abwasser vorhanden. Grenzwerte gibt es hierfür nicht, sondern Prüfwerte – was lediglich bedeutet, dass dann untersucht werden muss. Auch für die PCB-Derivate gibt es laut Frinks keinen Grenzwert. Nur bei Dioxinen und Furanen im Direktkontakt (Stichwort Spielplatzsand) betrage der Grenzwert zehn Nanogramm pro Kilo. Dioxine sind Spurenstoffe in PCBs; aber ohne Verbrennung entstehe kein reines Dioxin.

Die Initiative hat zwölf Eier von in der Siedlung gehaltenen Zwerghühnern zur Untersuchung eingesandt. Die (von den Bürgern bezahlte) Untersuchung der Mischprobe ergab 11,4 Pikogramm pro Gramm Eifett bei Dibenzo-Dioxinen und -Furanen, 25 Pikogramm pro Gramm bei den dioxinähnlichen polychlorierten Biphenylen. Ein Pikogramm – das ist ein Billionstel Gramm; als Grenzwert gibt die Initiative fünf Pikogramm pro Gramm Fett an.

DIOXIN IN EIERN

Damit wurde der lebensmittelrechtliche Grenzwert der EU um das Sechsfache überschritten; die jeweiligen Konzentrationen werden gewichtet und addiert. Verkaufen dürfte man die Eier also nicht. Das Landratsamt fragt aber, ob diese Werte nicht auch andere Ursachen haben könnten als die Altlast. Dietz kennt Untersuchungen, bei denen vor allem kleine Betrieben mit Bodenhaltung höhere Belastungen aufwiesen. Für ihn stellt sich daher die Frage, ob diese mit der Frako zusammenhängen. Es gebe viele Ursachen für PCB-Belastungen, von der Altlast, von abgelagertem Bauschutt, PCB-haltigen Anstrichen bis hin zum Futter. Auch hier gilt es, den Pfad zu finden, wie die Belastung in die Eier kam.

Die Bürger haben die Werte dem Umweltministerium mitgeteilt, ein Gespräch mit Vertretern der Fraktionen im Gemeinderat geführt, die ihnen Unterstützung zugesagt haben, und sich an die Umweltmeldestelle gewandt. Die will das Ergebnis der Petition abwarten – erneut fühlen sich die Bürger abgewimmelt.

AUSLÖSER BAUGESUCH

Sie hatten vor zweieinhalb Jahren eine Petition wegen des Grundwassers eingereicht. Darin ging es zunächst um Baupläne für ein freies Grundstück in der Siedlung. Nach Auffassung der Initiative soll es frei bleiben, um eine Sanierung des Grundwasserschadens nicht zu behindern. Der Petitionsausschuss sah jedoch keinen Anlass, die Bauvoranfrage zu stoppen (BZ vom 20. Februar). Im November hat das Landratsamt die Bauvoranfrage genehmigt – die Belastung sei ja nicht im Boden, der untersucht worden sei, sondern im Grundwasser. Ein Widerspruch gegen die Entscheidung liegt noch beim Regierungspräsidium, dürfte aber aufgrund dieser Argumentation nur geringe Chancen haben. Nun erhoffen sich die Bürger in der Köndringer Siedlung, dass die Petition für neue, umfassende Untersuchungen und eine Neubewertung des Grundwasserschadens sorgt. Die Bodenuntersuchung soll ergeben, ob die Belastungen auch aus anderen atmosphärischen Quellen stammen können. "Es kann mit der Altlast zusammenhängen, aber das ist nicht sicher." Etliche Hühner wurden in der Siedlung abgeschafft. Eier wurden erst einmal eingefroren, auf Eis gelegt für Untersuchungen. Essen will die ohnehin niemand.

Und wie sieht es mit dem Gemüse aus? Auch hier vermissen die Bürger klare Aussagen, ob sie es essen können oder nicht. "Was hätten wir den Leuten sagen sollen – wir wissen ja nicht, was drin ist", sagt Munding dazu.

Autor: Sylvia-Karina Jahn